

Erhebung von Kontaktdaten zum Schutz von Neuinfektionen mit dem Coronavirus

Stand: 31.07.2020

Informationen zur Datenerhebung gemäß Artikel 13 DSGVO

Die Pro Beruf Service gGmbH, Eckenerstraße 5 A, 30179 Hannover, Geschäftsführer Herr Schulz, erhebt Ihre personenbezogenen Daten für die Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt. Grundlage ist die Niedersächsische Corona-Verordnung.

Die Datenerhebung und Datenverarbeitung beruht auf Artikel 6 Abs. 1 e) DSGVO i.V.m. Artikel 4 Corona VO.

Aus dem Kontaktvordruck geht hervor, welche personenbezogenen Daten wir speichern.

Die Daten werden erhoben um möglichst lückenlos Infektionsketten nachverfolgen zu können. Die Dokumentation von Kundendaten dient dem Schutz vor Neuinfektionen mit dem Corona-Virus. D.h. bei möglichst jedem Infizierten ist nachzuforschen, mit wem er Kontakt hatte, um Verdachtsfällen nachgehen und die dabei gefundenen Kontaktpersonen in Quarantäne schicken zu können.

Die zuständige Behörde soll in die Lage versetzt werden, möglichst viele Kontaktpersonen von infizierten Personen zu identifizieren.

Eine Weitergabe der Daten an Dritte findet grundsätzlich nicht statt. Nur für den Fall einer Infektion im Casino würde eine Weitergabe an die zuständige Behörde erfolgen.

Eine Übermittlung an ein Drittland oder eine internationale Organisation der von Ihnen bereitgestellten personenbezogenen Daten findet nicht statt und ist auch nicht in Planung.

Die Daten werden gelöscht, sobald sie für den Zweck ihrer Verarbeitung nicht mehr erforderlich sind.

Sie haben das Recht, der Verwendung Ihrer Daten zu widersprechen. Zudem sind Sie berechtigt, Auskunft der bei uns über Sie gespeicherten Daten zu beantragen sowie bei Unrichtigkeit der Daten die Berichtigung oder bei unzulässiger Datenspeicherung die Löschung der Daten zu fordern. Sie können unseren Datenschutzbeauftragten unter datenschutz@pro-beruf.de oder unter Datenschutzbeauftragter c/o Pro Beruf Service gGmbH, Eckenerstraße 5 A, 30179 Hannover, erreichen.

Ihnen steht des Weiteren ein Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde zu.